

Eheleute Dr.Ing. Dipl.-Kfm. Massimo A. Casalegno (DE – Deutsch)  
Frau Yasmine Casalegno (geb. El-Haouat)

Postadressen in Deutschland (keine Wohnsitzadressen):

- a) RA (a.D.) Claus Plantiko, Kannheideweg 66, 53123 Bonn
- b) RA Jean-Patrick Revel, Friedrichstrasse 61, 10177 Berlin

Telefax an:

Justizminister der B.R. Deutschland +49-30-18-580-9525  
Familienministerin der B.R. Deutschland Frau Ursula von der Leyen +49-30-18-555-4400  
Innenminister der B.R. Deutschland Herrn Wolfgang Schäuble +49-30-18-681-2926

Kopie c/c an:

Schweizerische Justizministerin Frau Wittmer-Schlumpf +41-31-322-7832  
Europäischer Petitions- und Rechts-Ausschuss +32-2-28-43530  
Präsident der europäischen Kommission Manuel Barroso +32-2-29-88822  
Kommissar für Justiz und innere Angelegenheiten Jean Barrot +32-2-29-88595  
CEED Europa, Herrn Olivier Karrer und Frau Sophie Lavier

Betr.: **DEUTSCHES JUGENDÄMT**

10. Mai 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wurden informiert, dass das deutsche Jugendamt keinem bundesdeutschen Ministerium unterstellt ist. Deswegen schreiben wir all Ihre drei Ministerien an.

Wir beziehen uns auf die inzwischen weltweit veröffentlichte Affäre Casalegno gegen Jugendamt Duisburg, welche im Internet unter [www.ceed-europa.eu](http://www.ceed-europa.eu) zu lesen ist. Wir nehmen außerdem auf den vollen Inhalt der o.g. Web Site Bezug, welche beweist, dass unser Fall gar kein Einzelfall ist, sondern einer von Zigtausenden, die alle gleich aussehen.

Uns liegt die Auskunft vor, dass mindestens einer von uns beiden Ehepartnern, nämlich Frau Yasmine Casalegno geb. El Haouat, von Ihren Behörden in die Interpol-Fahndungsdatei weltweit eingetragen wurde. Ihr droht Verhaftung, falls sie den Boden eines EU-Landes betritt – und dies **ohne** einen Grund, der auch nur annähernd so was rechtfertigen könnte.

Wir bitten um Bestätigung, ob Sie eine derartige künstlich kriminalisierende Eintragung vorgenommen haben und auf welcher rechtlichen Entscheidung diese erfolgte. Wir werden uns **nicht** mit dem Hinweis begnügen, dass Sie keine Auskünfte erteilen können, solange die Sache „anhängig“ ist, wobei die Sache anschließend jahrelang „anhängig“ bleibt. Da unsere Sache ohnehin übers Internet in allen Details veröffentlicht wurde, gibt es erst recht gar nichts mehr zu „ermitteln“. Wir erwarten von Ihren Ministerien als leitende Dienststellen eine restlose Aufklärung dieser Eintragung. Sie können in der CEED Web Site nachlesen, dass solche Eintragungen in Fällen, wo ausländische Eltern involviert sind, die Norm darstellen.

Wenn bundesdeutsche Minister sich berechtigt fühlen, öffentliche Äußerungen zu treffen wie z.B.: „Wir wollen die Befugnisse der Jugendämter noch weiter ausbauen“ beziehungsweise „Wir sind an die Urteile des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht gebunden“ (siehe: Haase-Affäre), dann halten sich bundesdeutsche Minister wohl für zuständig.

Dann sollen bundesdeutsche Minister auch behördliche Vorgänge öffentlich rechtfertigen, welche lediglich die Folgen ihrer politischen Entscheidungen und ihrer Weisungen sind.

Mit freundlichen Grüßen

M. A. Casalegno und Y. El Haouat